

# Sächsische Volkszeitung

Geschäftstelle und Redaktion:  
Dresden, A. 16, Holbeinstraße 46  
Fernsprecher 21366  
Postfachkonto Leipzig Nr. 14797

**Abonnementspreis:**  
Ausgabe A mit illustrierter Beilage wöchentlich  
2.40 M. In Preußen und ganz Deutschland  
inkl. Post 2.80 M.; in Österreich  
3.20 M.  
Ausgabe B wöchentlich 2.10 M. In  
Preußen und ganz Deutschland inkl. Post  
2.50 M.; in Österreich 2.90 M.  
Steuer-Nummer 10 J.  
Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen  
Wochentagen nachmittags.

**Anzeigen:**  
Annahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr  
von Familienanzeigen bis 11 Uhr vorm.  
Preis für die erste Spalte 25 J. im Rest  
10 J. Familien-Anzeigen 20 J.  
Für unbedeutend geschriebene, sowie durch Fern-  
sprecher angegebene Anzeigen können wir die  
Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes  
nicht übernehmen.  
Erscheinungs- und Abrechnung:  
11-12 Uhr vorm.

**Einzige katholische Tageszeitung im Königreich Sachsen. Organ der Zentrumsparlei.**  
Ausgabe A mit illustrierter Unterhaltungsbeilage und relig. Wochenbeilage Feierabend. Ausgabe B nur mit der Wochenbeilage.

## England und die Tschechoslowaken

Die Anerkennung der sogenannten Tschechoslowaken als Kriegführende Nation und als Verbündete der feindlichen Koalition durch Großbritannien ist ein Ereignis, das nicht mehr lediglich vom Gesichtspunkte politischer Späße bewertet werden darf. Würden die Tschechoslowaken als Kriegführende und Verbündete seitens der Republik Honduras oder des Fürsten von Monaco bezeichnet worden sein, so könnte dies allenfalls einen guten Stoff für die politische Operette Dehars bilden. Da aber Großbritannien die Tschechoslowaken als verbündete Nation bezeichnet und ihnen das wenig ehrende Zeugnis ausstellt, daß sie seit Kriegsbeginn die Mittelmächte nach Möglichkeit bekämpft hätten und Japan sowie Nordamerika die tschechoslowakischen Soldatenverbände in Ostasien als kriegführende Partei bezeichnet, zu deren Hilfe die japanische und nordamerikanische Landung in Vladivostok stattgefunden hat, so verdient die Aufwertung der tschechoslowakischen Frage als internationale eine ernste Erörterung seitens der ersten Presse.

Daß die böhmische Frage bereits seit Jahrhunderten in bedeutungsvollen Kriegen und Friedenskongressen eine wichtige Rolle gespielt hat, erhellt aus der Geschichte. Alle Feinde der Habsburgermonarchie, mochten sie nun dieser oder jener Nation angehört haben, ja selbst deutsche Bundesfürsten, haben in gewissen Zeiten, wenn sie das Haus Habsburg bedrohten, die böhmische Frage aufzurollen gesucht. Hier lag etwas ganz Ähnliches vor, wie mit den Aufständlungen der Parteien in Ungarn durch das feindliche Ausland, sobald durch dieses die Habsburgermonarchie angegriffen wurde. — Die Adelsrevolte in Böhmen im Jahre 1618 und die darauf anschließende Verurteilung des Palzgrafen am Rheine zum König von Böhmen, war nicht nur ein Werk der deutschen Kabinette und ihrer Anhänger in Böhmen, sondern ganz namentlich ein solches Jakob I. von England, dessen Tochter die Gemahlin des erwähnten Winterkönigs war. England schloß durch seine Aktion für die Tschechoslowaken gewissermaßen an diese Tradition an. Denn jetzt wie damals unterstützte es Rebellen, Leute, die mit den katholischen und habsburgischen Traditionen des tschechischen Volkes gebrochen haben. Freilich waren im 17. Jahrhundert nur der Adel und die gebildeten Bürgerstände an der damaligen böhmischen Revolution beteiligt, während sich die jetzigen tschechoslowakischen Heereshaufen ganz wesentlich aus bildungslosen österreichisch-ungarischen Soldaten tschechischer und slowakischer Nation ergänzen, die durch einzelne fanatische oder bezahlte Verführer zusammengeführt worden sind. Man könnte nur im entferntesten die aristokratischen Heeresführer zu Beginn des 17. Jahrhunderts, die damals die Sache des Winterkönigs vertraten, die verschiedenen Thurn, Mansfeld und andere mit den jetzigen Führern der Tschechoslowaken vergleichen. Die böhmische Frage als völkerrechtlicher Gegenstand war doch damals etwas wesentlich anderes als die jetzige sogenannte tschechoslowakische. Bei der ersteren handelte es sich um die Rechte einzelner Dynastien auf die Krone der böhmischen Länder sowie die Stellungnahme der Landstände Böhmens und Mährens sowie Schlesiens zu diesen Ansprüchen der verschiedenen Herrscherhäuser. In diesem Sinne ist die böhmische Frage namentlich in den drei schlesischen Kriegen 1742 bis 1763 völkerrechtlich erörtert worden. Die Ansprüche des bayerischen Herrscherhauses auf die Krone Böhmens und diejenigen der preussischen Krone auf Grund vermeintlicher Erbrechte waren eben Veranlassung und völkerrechtlicher Rechtsgrund dieser Kriege. Von einer tschechoslowakischen Frage war aber dabei ganz ebensowenig die Rede, wie bei der Kriegserklärung des revolutionären Frankreichs im Jahre 1792 an den König von Böhmen und Ungarn. Selbst Bismarck hat im Jahre 1866 in Kriegsausrufen an das böhmische Volk die Rechte der böhmischen Krone erwähnt. Niemand wird aber dabei behaupten wollen, daß es ihm dabei um die Selbstständigkeit des tschechoslowakischen Volkstammes zu tun gewesen wäre. Die Aufrollung der böhmischen Frage war also in den vergangenen Kriegen ganz wesentlich eine solche, die nicht das tschechoslowakische Volk als solches betraf, sondern nur die Rechte der Habsburgermonarchie auf die einstigen Länder der böhmischen Krone.

Derjenige völkerrechtliche Aufruf Englands und seiner Verbündeten an die Tschechoslowaken abstrahiert aber vollkommen von den Rechten der sogenannten böhmischen Krone. er erwähnt sie mindestens nicht, wohl aber bezeichnet er das tschechoslowakische Volk als verbündete Nation. Damit stellt sich England auf den Standpunkt Wilsons und Nordamerikas, daß jedes Volk seine völkerrechtlichen Verhältnisse im künftigen Völkerbunde selbst zu ordnen hat. Hiermit soll aus dem Völkerrechte, das ganz wesentlich die Beziehungen der Staaten zueinander zu ordnen hat, ein Recht der einzelnen Völker gemacht werden, ihre Beziehungen selbständig und selbsttätig zu einander zu ordnen. Es versteht sich von

## Das Neueste vom Tage

### Der amtliche deutsche Tagesbericht

(Amtlich. W.T.S.) Großes Hauptquartier,  
den 22. August 1918.

### Westlicher Kriegsschauplatz

#### Meeresgruppe Kronprinz Rupprecht:

In Kimmel-Gebiete wurden feindliche Teilangriffe beiderseits der Straße Voker-Tranoeter abgewiesen.

Südlich von Arras hat der Engländer gestern mit neuen großen Angriffen begonnen. Englische Armeekorps und Neuseeländer waren zwischen Moyenville und der Ancre in Richtung auf Vanpaume in tiefer Gliederung auf Vanpaume angelegt. Das englische Kavalleriekorps stand hinter der Front zum Einlag bereit. Durch stärkstes Artilleriefeuer und mehrere hundert Panzerwagen unterstützt, stieß die Infanterie des Feindes auf der etwa 20 Kilometer breiten Front zum Angriff vor. Vor unseren Schlachtstellungen brach ihr erster Ansturm zusammen. In örtlichen Gegenstößen nahmen wir Teile des dem Feinde plangemäß überlassenen Geländestreifens wieder. Der Feind setzte seine heftigen Angriffe den Tag über fort. Ihr Schwerpunkt lag auf den Flügeln des Angriffsfeldes. Sie sind völlig und unter schweren Verlusten für den Feind gescheitert. Versuche des Gegners, bei Hamel die Ancre zu überschreiten, wurden vereitelt. Eine große Anzahl zerstückter Panzerwagen liegt vor unserer Front.

Zwischen Somme und Dize verlief der Tag ruhig. Südwestlich von Royon haben wir uns in der Nacht vom 20. zum 21. August kampflös vom Gegner etwas abgesetzt. Den ganzen Tag über lag das Artilleriefeuer des Feindes noch auf unseren Linien. Bögernd kühlten am Abend seine Erkundungsabteilungen gegen das Tal der Divate vor. Die im Carlsepp-Walde kämpfenden Truppen nahmen wir, vom Feinde unbemerkt, hinter die Dize zurück. Angriffe des Feindes, die sich hier gestern früh durch stärkstes, mehrstündiges Artilleriefeuer vorbereiteten, kamen infolgedessen nicht zur Geltung. Zwischen Merancourt und der Aisne setzte der Feind seine Angriffe tagsüber fort. Nur bei Merancourt konnte er Boden gewinnen. Der gegen die übrige Front gerichtete und am Abend mit besonderer Kraft beiderseits der Marfain-Schlucht geführte Ansturm brach unter schweren Verlusten für den Feind zusammen.

#### Der Erste Generalquartiermeister: Lubendorff.

### 15 000 Tonnen versenkt

Berlin 21. August. Amtlich. Im östlichen Mittelmeer versenken deutsche und österreichisch-ungarische U-Boote 15 000 Bruttoregister-tonnen Schiffsraum.

#### Der Chef des Admiralstabs der Marine.

### Die Konferenz beim Vizekanzler.

Berlin, 22. August. Den Vorsitz bei der gestrigen Konferenz der Parteiführer beim Vizekanzler v. Bager führte der lehrere. Von der Regierung nahmen teil Erz. v. Hinte, die Ministerialdirektoren Kriege und Deutelmoser vom Auswärtigen Amt und der Unterstaatssekretär Renwald. Das Reichstagspräsidium war vertreten durch Vizepräsident Dome, die Fraktionen durch die Abgeordneten Graf Westarp, Stresemann, Gröber, Wiemer und Ebert.

### Der deutsch-russische Zusatzvertrag.

Die „Tägl. Rundsch.“ schreibt: Der deutsch-russische Zusatzvertrag war Dienstag Abend noch nicht unterzeichnet, obwohl alle Vorbereitungen dazu getroffen waren. Es ist aber mit Bestimmtheit darauf zu rechnen, daß die Unterzeichnung in den nächsten Tagen erfolgt.

### Der Streik in London.

Laut Meldung des „Berl. Tagebl.“ aus Rotterdam dauert der Streik der Angestellten bei den Dammhufen und elektrischen Bahnen in London fort. Der ganze Verkehr ist auf die Untergrundbahn überleitet worden, sodaß das Geschäftsleben die größten Verzögerungen erleidet.

### Krisis im japanischen Ministerium.

Der „Kokusan.“ berichtet aus Genf: Ueber Washington erfahren „Petit Parisien“ und andere Pariser Blätter, daß die Lage des japanischen Ministeriums unsicher geworden sei. Dadurch verzögerten sich die Truppenbewegungen nach Vladivostok, weil man das Mißvergnügen in der Hauptstadt und in der Provinz nicht steigern will.

selbst, daß ein solcher völkerrechtlicher Grund nur auf den Trümmern der Habsburgermonarchie und der monarchischen Staaten des Deutschen Reiches zur Durchführung gelangen könnte. Meint es England mit dieser Forderung ernst, so würde es dadurch eine noch schärfere Stellung gegenüber Österreich-Ungarn einnehmen als das Parentum Nikolaus des Zweiten, welches immerhin monarchische Rechte eher zu berücksichtigen geneigt war, als Nordamerika und England. — Freilich darf man sich durch diese Schreckschüffe Englands nicht einschüchtern lassen. Sie dürften nichts anderes bezwecken, als den tschechoslowakischen Legionen jenen völkerrechtlichen Schutz angedeihen zu lassen, den Großbritannien in den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts den Garibaldi-nischen Kriegsscharen zuteil werden ließ. Andererseits dürfte sich England durch das Aufwerfen der tschechoslowakischen Frage ein Kompensationsobjekt bei den Friedensverhandlungen zu schaffen suchen, um so eine Diskussion der irischen, ägyptischen und indischen Frage auf dem künftigen Friedenskongresse möglichst zu vermeiden.

Eine wichtige Folge hat aber das Eintreten Englands für die Tschechoslowaken unter allen Umständen. Die tschechischen verantwortlichen Politiker in Österreich werden zu dieser völkerrechtlichen Provokation Englands Stellung nehmen müssen. Sie werden klipp und klar dafür Rede und Antwort stehen müssen, ob sie mit den Vätern des Reiches feindlich identifizieren oder nicht. Zweideutige Erklärungen, wie sie Stank und Genossen bis jetzt beliebten, genügen nicht mehr. Stellen sich diese Führer noch auf die Grundlage der Habsburgermonarchie oder nicht: Darauf werden sie unzweideutig antworten müssen. X

## Solfs Rede

Die Rede, die der englische Außenminister Balfour unlängst gehalten hat, ist noch in aller Erinnerung. Daß sie eine Erwiderung von amtlicher deutscher Stelle erforderte, wird nicht bestritten werden. Daß der deutsche Staatssekretär dem englischen Außenminister die Antwort erteilte, mag darin seinen Grund haben, daß Balfour der erste englische Minister ist, der von der Rednertribüne des Unterhauses aus klipp und klar die Erklärung abgegeben hat, an eine Rückgabe der deutschen Kolonien bei Friedensschluß sei nicht zu denken. Zu dieser Erklärung konnte Deutschland nicht geschwiegen werden, obgleich der Inhalt der Balfour'schen Rede nichts anderes war als hawainisches Phrasengespinnel, wie wir es von den Leuten um Northcliffe Tag für Tag zu hören bekommen.

Für einen deutschen Staatsmann hätte es nun gar zu nahe gelegen, Herrn Balfour den Gegenhieb mit der gleichen Waffe zu erteilen. Erfreulicherweise hat Dr. Solf das nicht getan. Dem Chauvinisten Balfour, der dem intellektuellen Deutschland vorwirft, es sei von einer „amoralischen Gewaltlehre“ beherrscht, erwidert Solf, daß es Chauvinisten haben wie drüben gibt; daß wir auf englischen Chauvinismus nicht gefühllos reagieren, indem wir uns nun ebenfalls auf den Boden des Vernichtungswillens, der Knock-out-Politik stellen und mit allen jenen Zielen brechen, hinter denen der Gedanke der Völkerveröhnung steht. Eine solche Politik lehnt Solf ab. Sie wäre, und darin hat Solf zweifellos recht, die denkbar größte Erleichterung des feindlichen Krieges. So wenig sich aber unsere Feldherren das Geheiß des militärischen Handelns vom Feinde vorschreiben lassen, dürfen sich unsere verantwortlichen Staatsmänner das Geheiß des politischen Handelns vom Gegner diktieren lassen. Balfour kämpft gegen den Frieden, weil jegliche Friedensmöglichkeit in absehbarer Zeit wider seine Pläne geht. Solf kämpft für den Frieden, weil wir nicht einen Krieg des Angriffs mit dem Ziele der Vernichtung des Gegners, sondern einen Krieg der Verteidigung führen. Balfour entwertet den Gedanken des Völkerbundes durch die gleichzeitige Forderung des Handelskrieges gegen Deutschland. Solf lehnt den Gedanken nicht ab, weil englische Chauvinisten ihren Spott mit ihm treiben, sondern hofft, daß doch noch einmal die Zeit kommen wird, in der dieses wie andere Ideale, brennende Menschheitsfragen, im Sinne der großen, friedliebenden Masse der Völker ihre Lösung finden werden. Wenn man glauben möchte, meint Solf, daß die Gesinnung, die heute England zu regieren scheint, und die aus der Rede Balfours deutlich spricht, für alle Ewigkeit die Oberhand in England hätte, dann würde auch er dafür eintreten, daß der Kampf um Leben und Tod ausgesetzt werden muß. Solf ist aber der festen Überzeugung, daß gegen die Knock-out-Gesinnung eine geistige Auflehnung kommen muß und wird. Das ist viel Optimismus! Optimismus ist auch notwendig für die Staatsmänner, die von der schlichten Absicht befreit sind, der Menschheit eine unnötige Verlängerung des Krieges zu erweisen. Und letzten Endes wird dieser Optimismus doch einmal siegen über alle die, die den Kampf bis zur Vernichtung predigen. Auch bei